

Besten zu unterstützen, dennoch, daß wir sie nicht hürzen werden, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllt.
 (Hört: Die Bolschewiki haben die Arbeiter unterstützt.)
 Die haben sie nicht unterstützt, sondern das gleiche gemacht, was ihnen gemacht hat mit Vermeidung der Kornisens-Waiver. Das hat zwei verschiedene Dinge, die Entfaltung und die Unterordnung. Wir glauben, daß diese Formulierung auf dem Zentralausschuß überwiegt war. Und wenn wir auch nicht imstande waren, als Delegation schon damals die Dinge klar zu formulieren, so hat sich der Zentralausschuß dankbar, daß sie doch in ihrer Resolution gefaßt hat. Und es rechtfertigt unsere Stellung gegenüber der Zentrale, die wir bezeichnen haben als eine leninistische Zentrale und nicht als eine Zerkowinische, eine Unterordnung unserer Verehrung der Zentrale gegenüber, daß sie in der neuen Resolution die Dinge formuliert hat, wie sie formuliert sein sollen.

Was zu den Aufgaben. Erstens, wir glauben, das richtige, was wir zu lösen haben, was wir an erster Stelle bei uns lösen müssen, ist jetzt, daran an die linken SPD-Arbeiter, ist die Gewinnung dieser Arbeiter.
 Zweitens, Genossen, wir werden das aber nur dann lösen, wenn wir in unserer organisatorischen Aufbau nicht haben bleiben, sondern die Betriebszellenarbeit weiterführen. Gelingt es uns, die Zellen auszubauen im Betriebe, ihr das Bewußtsein zu geben, daß sie die untere Parteiführerschaft ist, dann werden wir bestimmt noch weiterkommen. Und als drittes, die Umwandlung der Partei, die unsere russischen Genossen jetzt in Anspruch haben. Sie sagen, daß Gesicht dem Dorfe zu. Und wir sagen, das Gesicht aller Zeitungen, von der ersten bis zur letzten, dieses Gesicht der Mitgliedschaft zu. Engste Zusammenarbeit mit den Mitgliedern, Arbeitsgemeinschaften, bei den Zeitungen, Arbeitsgemeinschaften, offene Diskussion über alle Fragen und der Genosse Meyer wird ein Wunder erleben. (Beifall.)

Salm, Offenbach:

Es ist hier während der ganzen Debatte gesagt worden, daß 75 Prozent der Parteiarbeit den Gewerkschaften gewidmet sein müßte. Auch Sinowjew hat das der deutschen Partei empfohlen. Wenn wir die Tagung betrachten und sie und vergeblich, dann glaube ich sagen zu können, daß wir dieser Forderung nicht gerecht werden. Die Stärke der Partei, der Einfluß der Partei wird nicht dadurch entschieden, daß mit viel Geschicklichkeit die Genossen Ruth Fischer gegen den Genossen Scholem und der Genosse Scholem gegen die Genossen Fischer kämpft. Die Stärke und der Einfluß der Partei wird dadurch entschieden, wie es uns gelingt, die theoretischen Fragen der Gewerkschaftsarbeit in die Praxis umzusetzen.

Wir müssen betonen, daß die Gewerkschaftsbewegung in ihrem Kampf für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse für und als kommunistische Partei von Bedeutung ist. Dann wird es uns auch klar, wie sie die vorliegende Resolution vertritt, daß die Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung durch die Arbeit der politischen Leitung sich im letzten Jahre wesentlich nicht ausgewirkt hat.

Da komme ich auf eine praktische Frage. Ich wende mich ganz entschieden dagegen, daß man in der Gewerkschaftsfrage Wandel allzu hart betont. Wir haben unmittelbar nach dem 5. Weltkongreß diese Verwirrung erlebt, und die Partei ist heute noch nicht ruhend. Man hat die Bewegung, die durch den 5. Weltkongreß und den Konreß der SPD ausgelöst worden ist, man hat die Einheitsbestrebungen nicht als einen aktiven Teil unseres Kampfes betrachtet, sondern als ein Wandel angesehen, und das Wandel so hart betont, daß wir den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern und Parteiführern die sehr gute Mithilfe gegeben haben, vor die Arbeiterklasse hinauszutreten und so: Auch diesmal meinen es die Kommunisten nicht ernst, hier steht es schwarz auf weiß, es ist nur ein Wandel, und ihr sollt die Truppen für dieses Wandel abgeben.

Der möchte ich der Parteileitung einen Hinweis geben: Es ist überhaupt notwendig, daß wir in der Gewerkschaftsfrage gewisse Parolen herausgeben? Ich bin der Meinung, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften es nur notwendig haben, die von der SPD herausgegebenen Parolen aufzuheben und in dem Moment weiterzuführen, wo die Sozialdemokraten auf Grund ihrer ganzen politischen Einstellung diese Parolen fallen lassen. Auf diesem Wege haben wir seit Jahren gearbeitet und Erfolge zu verzeichnen gehabt.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen und bedauern, daß in der vorliegenden Resolution keine Verpflichtung enthalten ist, daß die Partei den Gewerkschaftsarbeit wieder aufbaut.
 Ich habe bei dem Referat des Genossen Thälmann bemerkt, daß er auf die vorliegende Resolution eingegangen ist, und ich habe die Bestätigung, daß man trotz dieser theoretischen Erkenntnisse der Wichtigkeit der Parteiarbeit diese Arbeit doch ernsthaft durchzuführen wird. Daran kann unter Umständen die Partei zurückgehen, weil der Kampf und Sieg der kommunistischen Partei überwiegend wird durch die Tätigkeiten, die man uns gibt durch die Gewerkschaftsarbeit.

Der möchte ich noch auf einen Mißstand hinweisen, den ich auch in dem Referat des Gen. Thälmann bemerkt. Man spricht so sehr vom Wandel, daß man sich in der Gewerkschaftsfrage, die die Einheitsbestrebungen in der Gewerkschaftsfrage betrifft, man auch verpflichtet ist, die Einheitsbestrebungen in dieser Frage viel stärker zu umreißen, denn der einfache Funktionär im Bezirk dreht diese Frage um, indem er erklärt, die Förderung der Gewerkschaften an und für sich ist Wandel, und daraus ist zurückzuführen, daß wir eine solche Veränderung in den Betrieben hatten, weil einzelne Führer die Gewerkschaftsarbeit als Wandel betrachtet haben. Und wer für die Gewerkschaften eine Linie durch, würde falscher ist.

Genosse Bied: Das Wort der Genosse sagt- Leipzig, ihm folgt Hedert.

Sagt, Leipzig:

Der 18. Parteitag trägt die Devise: Parteilich der Bolschewisierung. Und wenn er ein so wichtiges Gepräge hat, möchte man annehmen, daß vor allem das politisch grundlegende Referat für die Arbeit des kommenden Jahres inhaltlich in wesentlichen Teile zerlegt ist auf das, was unsere Aufgaben sind. Aber was war das Referat von Ruth? Was es eine Skizze im weitesten Sinne dessen was zu tun ist. Ich glaube, das vermissen wir können. In der Einleitung hat sie ihre ganze Kraft dafür eingesetzt, auf den logischen Ultrafluten herumzuwippen. Ich behaupte, der Parteitag in seiner Zusammenfassung interessiert nicht die Zusammensetzung der Mitglieder (Scholem: Sehr richtig). Man ist hin- und her (Salm: Unterbrechung), nicht nur in Leipzig, im ganzen Bezirk. Wir sind in ganz Sachsen (Salm: Ganz im Bezirk auch), und es ist neu, zu erfahren, daß es einmal auch Erprobungs-Baumland einheitlich und geschlossen abgeht.

Wir stellen uns nicht für so borniert, auch nur bei einem einzigen Mißstand der Zentrale den Gedanken der Sozialdemokratie für möglich zu halten, weil wir uns dann für verurteilt schämen können. Diese Dinge sind auch nur in den Betrachtungsbereich der Zentrale zu ziehen, mit allen Mitteln, selbst mit dem Mittel der Zentrale zu kämpfen. Niemand

wird einem Mitgliede der Zentrale zutrauen, diesen Weg zu haben. Aber es kommt nicht darauf an, ob man den Wandel dazu hat oder nicht, es kommt darauf an, wie über die einzelnen Phasen der Wandel, die wir machen, die Auslösung der Arbeiterklasse über den Weg der Partei ist. Und das hat sich bei dieser Fragestellung in der Diskussion der Zentral-Konferenz in unserer Mitgliedschaft nicht gezeigt, sondern hundertfach der Verdacht, daß es ist nicht der Wille zur Sozialpolitik vorhanden, aber die Möglichkeit eines ungewollten Scheiterns in eine Politik, die einer Koalitionspolitik nicht unähnlich ist.

Genossen, es wäre ein schwaches Zeichen für die Arbeit der linken in Frankfurt gewählten Zentrale, wenn diese die Erfolge der Gewerkschaftsarbeit nur auf diese Taktik zurückzuführen wollte. Es würde aufzeigen, daß wir nicht verstanden haben, was uns sowohl in Frankfurt als Gewerkschaftsausschuß gegeben wurde und was uns besonders auf dem 5. Weltkongreß als Gewerkschaftsausschuß gegeben wurde. Es würde aufzeigen, daß wir — nach Berliner Ausdruckweise — gemeinert haben über die Gewerkschaftsfrage, aber nicht den geringsten Versuch der praktischen Arbeit.

Man könnte noch einige Betrachtungen anstellen, wenn man die Frage der Einigung auf einen sozialdemokratischen Kandidaten im zweiten Wahlgang auf die Rolle, die man überhaupt der Sozialdemokratischen Partei zumies, daß sie eine bürgerliche Partei und keine Arbeiterpartei ist. Wenn man die Klassenmäßige Zusammensetzung als Grundlage nimmt, weshalb wir mit den Sozialdemokraten unter Stellung von Bedingungen zusammenzugehen gewillt waren, dann trifft i. B. in Rheinland-Besalen und in Oberhessen dieselbe Motivierung in Bezug auf das Zentrum zu.

Hedert, Berlin:

Es sind erst wenige Wochen her, daß Stalin über die Gewerkschaftsbewegung einige sehr interessante Worte gesprochen und geschrieben hat. Räumlich die Worte, daß es den Kommunisten klar sein müsse, daß ohne die Erhebung der Gewerkschaften die proletarische Revolution unmöglich ist. Dieses Wort des Genossen Stalin sollte in seiner ganzen Tiefe und seiner ganzen Breite beachtet werden, denn wenn wir von Verhinderung unserer Partei noch so viel reden, ohne daß wir diese Erkenntnis auswerten, werden wir keine bolschewistische Partei sein. Und darum hat das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sehr recht, wenn es uns schreibt, wir sollen 75 Prozent unserer Kraft auf die Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung verwenden.

Aber es genügt nicht, in die Gewerkschaften einzutreten, sondern wir müssen tätige Mitglieder in den Gewerkschaften sein. Was heißt das, tätige Mitglieder in den Gewerkschaften? Das heißt, daß wir dort die Gewerkschaftsarbeit übernehmen, die von den Reformisten gar nicht mehr geleistet wird. Mit einem politischen Willen, den wir mit einem Gleichgewicht über politische Neutralität, das halten die Mitglieder der Gewerkschaften von der Leistung gewerkschaftlicher Arbeit ab. Die Gewerkschaften haben einen bestimmten Sinn und insbesondere die deutschen Gewerkschaften, die von marxistisch gebildeten Genossen geleitet worden sind und in denen in dem ersten Anbruch ihres Bestehens ein marxistischer Geist herrschte. In diesen Gewerkschaften wird keine gewerkschaftliche Arbeit mehr geleistet werden. Es hat schon Karl Marx im Jahre 1844 sehr deutlich gesagt: Die Gewerkschaftsarbeit wird eine überflüssige Arbeit sein, die wird nicht sein, wenn sie sich nicht zur Aufgabe macht, die Kräfte der Arbeiterklasse zu sammeln zum Kampf des Kapitalismus. Das haben die Gewerkschaften längst verlernt, sie hatten das schon in der Vorkriegszeit gelernt.

Es ist auch unsere Aufgabe, den Arbeitern in den Gewerkschaften das Wesen der kapitalistischen Ordnung, und vor allen Dingen das Verhältnis des Arbeiters zu dieser kapitalistischen Ordnung klarzumachen. Das ist die Aufgabe, die in den Gewerkschaften zu leisten ist, denn wenn das den Arbeitern in den Gewerkschaften nicht klar wird, können wir überhaupt keine ernste Arbeit in den Gewerkschaften machen.

Worin besteht das Wesen in der gegenwärtigen Periode der kapitalistischen Gesellschaft? Das besteht darin, daß die Produktion behäbig verengert. Der Kapitalismus erweitert die Produktion nicht mehr. Wenn uns aber schon Marx gesagt hat, in einer Periode, wo der Kapitalismus die Produktion erweitert, da ist die Aufgabe des Proletariats, die Kräfte zu sammeln und den Kapitalismus zu hürzen, um wieviel mehr ist das die Aufgabe des Proletariats in der gegenwärtigen Periode, wo das Wesen des Kapitalismus so ist, daß er die Produktion abschöpft. Wenn wir auch erst die Entwicklung der Trübsen sehen, es ist ja nicht wahr, daß sie die Wirtschaft wieder aufbauen, es ist eine langsame und systematische Verfallung, die sich jetzt vollzieht.

Dabei auch die Krise. Und hier unterscheiden wir Kommunisten und im Wesen von den Reformisten. Die Reformisten wollen den Kapitalismus wieder aufbauen. Sie wollen wieder aufbauen den Kapitalismus, der die Produktion verengt, und von ihrer Einstellung zum Wiederaufbau des Kapitalismus müssen sie eine ganz andere Gewerkschaftspolitik entwickeln, als eigentlich im Interesse und im Sinne der Gewerkschaftsbewegung liegt. Den Sinn der Gewerkschaftsbewegung gibt es den Arbeitern wieder klar zu machen.

Dabei muß den Arbeitern klar gemacht werden in vielen Details, worin wir uns von den Reformisten unterscheiden. Also, es gilt der reformistischen Einstellung ständig entgegenzutreten die Einstellung der unsere Genossen haben. Ihr werdet euch erinnern können, daß vor wenigen Wochen der deutsche Sozialdemokrat Heinrich Tzschel geschrieben hat, daß die Arbeiterklasse kein Interesse an den ökonomischen Dingen und ihrer Ausbreitung habe, weil sie den Wohlstand und damit den Wiederaufbau der Wirtschaft hören. Wir müssen den Arbeitern auseinanderlegen, daß das, was die Sozialdemokraten heute tun, nichts anderes ist, als eine Fortführung der Wirtschaft im kapitalistischen Sinne. Wir müssen den Arbeitern auseinanderlegen, daß die Wirtschaft überhaupt nur auf sozialistischem Wege aufbauen werden kann. Und das ist uns gar nicht mehr so schwer, nachdem wir in Rußland ein lebendiges Beispiel haben.

Wenn es Tatsache ist, daß die Gewerkschaftsbewegung sich entwickeln kann, nur ihre Aufgabe durchsetzen kann, wenn sie den Kapitalismus vernichtet, dann ist es notwendig, die Massen immer wieder mit der Fäße darauf zu stoßen, daß sie das selbst tun muß. Während die Reformisten die Masse ausstoßen müssen, weil das den Aufbauterzähl führt.

Man können wir uns natürlich nicht nur begnügen mit der Propaganda dieser dem Reformismus ganz entgegenstehenden Anschauungen, sondern wir müssen praktisch eingreifen täglich in den Gewerkschaftskampf. Es ist aber schon schwer, in einer kommunistischen Massenpartei zu manövrieren, um wieviel schwerer ist es in der Gewerkschaftsbewegung. Die Organisationen sind vertrieben und die Situation ist verwickelt. Es genügt uns nicht ein Schema: Ausbreitung der Bewegung, oder ein Programm, sondern wir müssen unsere Fortschritte an die tägliche Situation anpassen. Das ist außerordentlich schwer. Das haben unsere Genossen noch nicht gelernt und warum haben wir diese vielen Unzufriedenheiten in unserer Bewegung, weil wir gute Genossen in Wärdern der Gewerkschaften haben, die aber eines Tages herausheißt, daß sie in das Fahr- oder der Reformisten geraten sind, weil dieses allgemeine Schicksal mit ihnen geschehen haben, gar nicht wahr. Warum ist es, aus jeder Bewegung immer sofort die notwendigen Schritte zu ziehen, jede Bewegung gründlich vorzubereiten.

Genossen, es wäre ein schwaches Zeichen für die Arbeit der linken in Frankfurt gewählten Zentrale, wenn diese die Erfolge der Gewerkschaftsarbeit nur auf diese Taktik zurückzuführen wollte. Es würde aufzeigen, daß wir nicht verstanden haben, was uns sowohl in Frankfurt als Gewerkschaftsausschuß gegeben wurde und was uns besonders auf dem 5. Weltkongreß als Gewerkschaftsausschuß gegeben wurde. Es würde aufzeigen, daß wir — nach Berliner Ausdruckweise — gemeinert haben über die Gewerkschaftsfrage, aber nicht den geringsten Versuch der praktischen Arbeit.

Man könnte noch einige Betrachtungen anstellen, wenn man die Frage der Einigung auf einen sozialdemokratischen Kandidaten im zweiten Wahlgang auf die Rolle, die man überhaupt der Sozialdemokratischen Partei zumies, daß sie eine bürgerliche Partei und keine Arbeiterpartei ist. Wenn man die Klassenmäßige Zusammensetzung als Grundlage nimmt, weshalb wir mit den Sozialdemokraten unter Stellung von Bedingungen zusammenzugehen gewillt waren, dann trifft i. B. in Rheinland-Besalen und in Oberhessen dieselbe Motivierung in Bezug auf das Zentrum zu.

Wir haben deshalb, um unsere Arbeit unter den proletarischen Frauen in der nächsten Zeit zu forcieren, durch unsere Beschlüsse, die auf der letzten Frauenkonferenz gefaßt worden sind, in den euch vorliegenden Richtlinien zusammengefaßt, wir bitten euch, daß ihr in den Bezirken diese ernstlich durchführt.

Überlein, Zentrale:

Was für uns schlimm ist, ist die Tatsache, daß im Laufe der letzten Jahre unser Kampf gegen die SPD zurückgedrängt worden ist, insbesondere der Kampf unter den Arbeitern in den Betrieben. In vielen Fällen haben die Sozialdemokraten in den Betrieben die Offensive übernommen. Das ist ein Zeichen, das uns ernstlich zu denken geben muß, und das veranlassen muß, dies zu ändern. Wir sollen in der Zeit, die den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufnehmen, auch in den Betrieben unter der Arbeiterklasse. Wie erreichen wir das aber? Und darum dreht sich die Auseinandersetzung der Zentrale mit den Genossen von der Linken, die verstanden hat darauf: Die Linke von Frankfurt war und noch werden muß werden. Wir müssen aber einsehen, daß in diesem Kampf ein einiges Ereignis hat, daß die Partei in ihrer Mitgliederzahl zurückgedrängt wurde, daß der Einfluß in den Betrieben schwächer ist. Und weil das der Fall ist, muß man nachsehen, was man tun kann, um das abzuwenden.

Ein anderes Argument der Linken ist, daß wir die Linke von Frankfurt forcieren müssen und keine andere Partei einschlagen können, weil wir sonst die rechten Gefahren in der Partei nicht überwinden können. Es ist wahr, es sind rechte Gefahren in der Partei, meines Erachtens heute sogar, als nach Frankfurt. Aber ich glaube, daß die Arbeiter die rechten Gefahren in erster Linie in der Abwesenheit der Genossen Rosenberg und Scholem liegen, daß sie das Bewußtsein der rechten Abweichungen ist, die sich nicht nur in den Betrieben, in der Führung, sondern auch in der Gewerkschaftsfrage.

Die Linke der Partei, wie sie heute vorgeschlagen wird, ist richtig. Die Fehler beginnen in der Zurückhaltung. Es fehlen uns die Kräfte, diese Linke durchzuführen. Das sind die Offene-Brick-Taktik eingeschlagen. Wir haben auch nicht gesehen, daß sie ernst durchgeführt worden ist. Im Hinblick auf den Offenen Brief der Zentrale hat man über die Offenen Briefe in den Bezirken losgelassen, auch die Taktik der Praxis durchzuführen. Das sehen wir auch auf dem 5. Weltkongreß. Unser Einfluß ist geringer geworden in den Betrieben. Es ist klar, unsere Genossen fliehen aus den Betrieben. Sie sagen, sie können nicht legal arbeiten. Das ist der Einfluß im Betrieb bekommen. Das Ziel ist nicht erreicht, das ausgesprochen worden, der größere Einfluß in den Betrieben und in den Gewerkschaften. Der Betrieb muß wieder belebt werden, in der wir uns festsetzen können. In den Gewerkschaften werden wir die Verbindung mit den Arbeitern im Betrieb am besten gewinnen. Wenn in der Spitze eine Verbindung mit der SPD nicht möglich ist, in den Betrieben ist die Einheitsfront der Arbeiter, der kommunistischen und der SPD-Arbeiter möglich. In den Betrieben sind die Einheitsfronten zu bilden, die nicht nur die Einheitsfront der Arbeiter darstellen sollen, sondern um die täglichen Betrieben Arbeiter im Betrieb kämpfen müssen. Der Kampf ist notwendig. Die Passivität in den Betrieben muß überwunden werden.

Roch ein Wort zur Stellung der Partei. Man hat die politische Linie der Partei gemacht: Die Zentrale muß den Kampf führen. Das ist ein Vorschlag der Zentrale, der nicht nur den Zustand kann sein für die Leitung der Partei, sondern auch werden, wenn die Basis der Zentrale zu schwach wird. Auf der einen Seite muß die Leitung einen Kampf führen, auf der anderen Seite gegen ultrafluten und dann gegen die gesamte Schicht verärgelter Mittelstandsklassen, die belächelt werden sind. Das ist eine zu breite Front. Dabei kann sich die Leitung sehr leicht eine Note geben, die nicht notwendig ist. Deswegen glaube ich, daß die Entscheidung der Zentrale zur Verbreiterung der Basis der Parteileitung richtig. Aber wohin soll diese Basis erweitert werden? Ich bin einverstanden, daß man Genossen der Ultrafluten in die Parteileitung hineinruft und ich hoffe, daß man in den ersten Auseinandersetzungen mit ihnen die Schwächen überwindet, aber man soll auch die verärgerten Mittelstandsklassen heranziehen, natürlich unter der Vorherrschaft der Arbeiter. Ich bin einverstanden, daß sie keine Reuegenossen sind, daß sie bereit sind, die Linke der Partei durchzuführen. Aber man soll nicht von ihnen verlangen, Genosse Schneider, daß sie überhaupt noch in demut erfordern für den Genossen Scholem und Schneider. Darauf braucht man nur zu verzichten und man wird sehr bald eine breitere Basis haben, das ist notwendig zum Kampf der Zentrale gegen rechts und links und zur Führung der revolutionären Aufgaben, die uns gestellt sind.

hoffe, daß die Genossen aus der Tradition der deutschen Partei vom Beginn der Revolution bis zum 10. Parteitag nicht nur die Lehren ergreifen, sondern lernen, daß es zum bolschewistischen Sozialismus notwendig ist, neues Leben in die Gewerkschaftsarbeit hineinzubringen. Deshalb muß der Parteitag nicht nur seine Zustimmung geben zu den Resolutionen, sondern er muß auch zur Verwirklichung derselben die Aufgaben stellen, die im Moment mit dem gegenwärtigen Stande verbunden sind.

Ich glaube aus der Diskussion über die Taktik folgende besondere Charakteristika herausgreifen zu müssen: Genosse Rosenberg ist einer von denjenigen Genossen, die ihre Ansichten am klarsten geäußert haben, der bewiesen hat, daß er wirklich eine politische Plattform hat. Er hat 1. B. in Verbindung mit der Einheitsfronttatsache darüber gesprochen, daß die Stellung der Zentrale, wie sie in den Fragen Republik und Demokratie zum Ausdruck kam, einem Standpunkt gleich ist, der in der Praxis bedeutet eine Revision der Beschlüsse des 5. Weltkongresses. Und wenn Rosenberg eine solche politische Plattform hat, bedeutet es, daß er noch seiner Auffassung 1. die Einheitsfronttatsache, 2. die Zentrale der deutschen Partei, daß sie eine Revision der Beschlüsse des 5. Weltkongresses und der in Frage kommenden Beschlüsse des Januar-Zentralausschusses vorzunehmen. Also wie haben es hier wirklich mit einem politischen Gegner in der Partei zu tun, der eine Plattform hat. Die letztendliche Staatsform verlangt aber, daß man die Veränderungen in der Staatsform nicht nur beachten muß, sondern danach seine Taktik einstellt.

Wenn der Genosse Scholem erklärt, daß sich seit Frankfurt in der Parteigeschichte absolut nichts geändert hat, so ist es Aufgabe und Pflicht des Parteitag, sich zu überlegen, ob sich in diesem Jahre wirklich politisch geändert hat. Ich erinnere daran, daß damals nicht nichts geändert hat. Ich erinnere daran, daß damals noch keine Arbeiter-Parlamentarismus-Kampferung bestand. Ich erinnere daran, daß das Dames-Gutachten in London noch nicht angenommen war, ich erinnere daran, daß sich die Auswirkungen, die sich aus dem Dames-Gutachten ergeben, noch nicht vorhanden waren, ich erinnere daran, daß die Regierung die auf Grund der Auswirkungen des Schwebeländegutachtens erforderlichen Summen für die nächsten Jahre, die in Form von Zuchergeldern und Steuern herbeigeschafft werden sollen, noch nicht beschaffen brauchte. Ich verheide nicht, wie man sich als Politiker übersehen und sagen kann, daß sich in Deutschland die Klassenverhältnisse nicht verändert haben. Sie haben sich wesentlich verändert, sie verändern sich unendlich. Wir leben, da! sich die Gruppenverhältnisse in kapitalistischen Kreisen durch den Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns verändert haben. Der Stinnes-Konzern war mit dem Karolapital verbunden, nachdem jetzt der Stinnes-Konzern zusammengebrochen ist, leben wir auf einmal, daß das Finanzkapital wieder einmündet wird. Wenn Genosse Scholem sagt, daß sich die Situation nicht geändert hat, so hat er nicht gefehlt. Die Situation hat sich verändert, das muß man erkennen und wir müssen dazu Stellung nehmen, was strategisch und taktisch darauf einfließen, unter Beibehaltung der bolschewistischen Grundsätze.

Dann müssen wir bei diesen innerpolitischen Fragen auch festhalten. Augenblicklich rühren in der Russenpolitik auch in Deutschland zwei in der Welt bestehende Risiken. Der Ententeimperialismus verachtet, der deutschen Bourgeoisie den Eintritt in den Völkerbund durch keine Erschütterungen in der Erfüllung der Reparationsleistungen schmackhaft zu machen. Wenn das gelingt, was in den nächsten Wochen bereits der Fall sein wird, daß die deutsche Regierung sich mit dem Ententeimperialismus verständigt, dann bedeutet das zugleich eine Frontstellung gegen Sowjetrußland. Das ist eine alte Front mit vollkommen neuen Erschütterungen. Rußland verachtet, die deutsche Bevölkerung aufzuklären, daß sie von dem Ententeimperialismus bekommen hat und auch in der Zukunft nicht zu erwarten hat. Und wenn die deutsche kommunistische Partei in der Stellung zum Dames-Gutachten und zum Verfallener Friedensvertrag in verschiedenen sich daraus ergebenden außenpolitischen Fragen die richtige Stellung einnimmt, so müssen wir auch jetzt verstehen, daß inner Kampf zwischen dem Ententeimperialismus und Sowjetrußland eine andere Bedeutung hat, als noch vor einigen Monaten.

Der Genosse Weber, als die dritte Tendenz, die hier zum Ausdruck gekommen ist, hat erklärt, daß er die Anwendung der Einheitsfronttatsache von oben für alle Ereignisse ablehnt. Wenn eine Massenbewegung nicht vorhanden ist, wenn nicht die Möglichkeit besteht, daß wir die Massen aus den Betrieben organisieren können durch die Gewerkschaften oder sonstige, dann ist es unsere Aufgabe, zu prüfen, ob es nicht möglich ist, innerhalb einer Massenbewegung zu entstehen. Dabei ist Verbeugung, daß die Einheitsfronttatsache von unten die erste politische Bedingung für die Partei hat. Wenn aber keine Massenbewegung vorhanden ist, in der die Masse nicht reagiert, dann muß die Zentrale dieser Situation, die sich im Parlament abspielt, nicht nur Rechnung tragen, sondern versuchen, die Situation, wenn die Schweregezeiten in der Bourgeoisie vorhanden sind, auszunutzen, die Helfershelfer der Bourgeoisie, die Sozialdemokraten, zu entlarven, die Schweregezeiten in der Bourgeoisie verstärken.

Und es gibt Situationen, wo durch irgend einen offenen Brief, wenn man sich zu gleicher Zeit an die Arbeiter wendet, die Möglichkeit besteht, daß dieser offene Brief die Gefahr besteht gibt, daß eine Massenbewegung dadurch intensiver wird, wenn unsere Genossen es verstehen, unsere Auffassung politisch zu verteidigen und zu vertreten.

Dann natürlich gibt es kein Verbot von offenen Briefen. Dabei würde man zugrunde gehen, aber zwei offene Briefe sind herausgegeben und die Begründungen und Ordreleistungen machen viel mehr davon Gebrauch als wir es tun. Selbst, daß ich zu bebauern, weil es lächerlich wirkt. Man kann einen offenen Brief nur richten, bei dochwichtigen politischen Situationen, wo man glaubt, daß Massenbewegungen ausbrechen werden können. Dann muß man auf der politischen Ebene auftreten und sein politisches Bestehen zum Ausdruck bringen.

Dann sagt der Genosse Weber, trotzdem wir eine solche Situation hatten, haben wir unseren Stand der Organisation behalten. Der Standpunkt der kommunistischen Partei muß der sein, daß in einer Entwicklung der Epoche der revolutionären Entwicklung wir dazu überzugehen haben, unserer Partei zur gleichen Zeit einen Massencharakter zu geben. Natürlich ist das schwer. Der Genosse Weber glaubt eine Linie ziehen zu können zwischen dem Verhalten vor dem Kriege und heute und er sagt, er will nicht reden von 1923, 1920 und 1918. Aber er sagt, wie sie heute sind die Verhältnisse, sind sie günstiger als vor dem Kriege. Heute ist die Situation doch so, daß die Partei versucht, trotz aller Schwierigkeiten, die die Bourgeoisie ihr macht, trotz des Einflusses der Reformisten, die die Partei nicht nur ihren Verstand bedrückt, sondern dazu übergeht, neue Massen in sich aufzunehmen. Und Genosse Weber, wie war das vor dem Kriege? Konnten sich da die Linien in der Partei entwickeln? Wurden sie nicht im Kriege schwerer kämpfen gegen die Entwicklung im Parteivorstand der SPD? Wie lange haben Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gekämpft, um einen wirklichen Faktor zu bilden, der sich zum Ausdruck bringen konnte.

Dann zu dem Genossen Simon. Der scheint mit einer von denen zu sein, die gefährlich mit den Genossen gehen, ohne eine wirklich ernste politische Plattform zu haben. Wir haben auf dem Frankfurter Parteitag eine ganze Anzahl Delegierter gehabt, die auch den Standpunkt der Partei in der Gewerkschaftsfrage nicht verstanden. Sie begriffen nicht, daß

man in den Betrieben, wo die Massen loslösen muß aus den Klauen der Reformisten.

Weber erklärt, daß, was Scholem richtig gesagt habe, in das, daß auch Fischer — nicht Scholem und Rosenberg — seit Frankfurt geändert habe. Natürlich hat sie sich geändert, aber wie, darauf kommt es an. Sie hat sich geändert, aber unter Beibehaltung der bolschewistischen Grundsätze, weil sich die Verhältnisse geändert haben. Und wenn die Genossen sich nicht der gegebenen Situation entsprechend ändern, dann sind sie keine Bolschewisten.

Eine Zentrale, die der Situation entsprechend ihre Strategie nicht ändert, kann die revolutionäre Arbeiterklasse nicht führen. Und wenn der Genosse Weber sich hinsetzt als der Vertreter der heutigen Politik, so bestehen die Differenzen zwischen Weber und der heutigen Politik, so bestehen die Differenzen zwischen der Einheitsfronttatsache mit Entlarvungsstatistik. Wenn die Zentrale einen solchen Standpunkt vertritt, ist das katastrophal. Einheitsfront nur zur Entlarvung bedeutet, ist ein Massen zu gewinnen für den revolutionären Kampf. Dabei natürlich einwärts man die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer, die Reformisten. Aber die Einheitsfronttatsache geht darüber hinaus den Kampf zu organisieren für die Befreiung des Proletariats.

Ich will jetzt zum Schluß hervorheben, daß die Delegierten in auch die Aufgabe haben, nicht nur der Logik der Parteitage ihre Aufmerksamkeit zu schenken, sondern auch der Frage Aufmerksamkeit zu schenken, die der Genosse Weber das fordert, bedeutet langsamen Untergang, und weil nur durchgebrochen werden durch den Kampf auf der Straße, nicht im Parlament. Das politische Programm der kommunistischen Partei ist natürlich das, daß im erhöhten Stadium der Klassenkämpfe die Politik auf der Straße gemacht wird. In der gegenwärtigen Situation aber Politik auf der Straße machen, ohne sich auf die Plattform zu beziehen, von der aus die Möglichkeit besteht, den Klassenkampf durchzuführen, ist unmöglich. So isoliert arbeiten in der Partei, wie der Genosse Weber das fordert, bedeutet langsamen Untergang, und weil wir versuchen müssen, die Massen von der SPD zu trennen, weil wir sie in der gegenwärtigen Situation zu gewinnen haben, deshalb müssen wir alle Mittel des kapitalistischen Staates anwenden, um in die Massen einzudringen.

Wenn man so den Ernst der Situation im internationalen Maßstab sieht, und wenn da die Genossen Scholem und Rosenberg einen Standpunkt vertreten, der gegen die Internationale gerichtet ist, also in der politischen und der isolistischen Frage, so muß man doch auch die Ermüdung prüfen, die sich ergeben hat bei der Stellung Vorwärts auf den verschiedenen Weltkongressen. Vorwärts vertritt einen isolistischen Standpunkt, der verhandelt nicht, das Defensiv und Politik zusammen gehören, er nahm einen antiparlamentarischen Standpunkt ein, er akzeptierte nicht die Einheitsfronttatsache und er nimmt jetzt wiederum in der Stellung zur Einheitsfront einen isolierten Standpunkt ein. Wenn man dem zustimmt, wie die Genossen Scholem und Rosenberg, so isoliert man sich mit einer Tendenz, die nicht die Tendenz des 5. Weltkongresses ist.

Ich will noch darauf hinweisen, daß die Mehrheit der Delegierten besteht, daß sie versuchen wollen, die Traditionen, die als Reife aus der Sozialdemokratie noch übernommen werden mühten, zu beibehalten und daß sie eingesehen haben, daß sie noch nicht berechtigt sind, genau so wie die deutsche Bourgeoisie sich in den Rahmen der imperialistischen Pläne der Weltwirtschaft stellt, ist er unsere Aufgabe, das Signal zu beantworten mit der revolutionären, lebendigen Kraft, die bedeutet: Sammlung der Massen für die revolutionären Aufgaben, die bedeutet, gegen den Krieg, den Bürgerkrieg, die Kraft zu führen, die das Fortschritt wird für den Sieg der deutschen Arbeiterklasse. (Beifall.)

L. Polemik gegen rechts und ultralinks

Schluswort.

Ruth Fischer, Zentrale:

Ich werde in meinem Schluswort über zwei Fragen noch einmal kurz sprechen müssen. Einmal über den gemeinsamen Charakter aller jener ultralinken Auffassungen. Ich werde zunächst beginnen mit Rosenberg, der sich selber nicht besser kennzeichnen konnte, als dadurch, daß er erklärte, das Material der politischen Reaktionen sei uninteressant gewesen, weil es sich zu sehr mit ihm beschäftigt hätte. Dadurch hat er ausgedrückt, daß er seine eigene Stellung in der politischen Frage für unwichtig hält. Wenn man sich darüber befragt, dann hält man sich für belanglos, das man sich nicht der Mühe wert hält, damit zu beschäftigen. (Sehr gut.)

Vom Standpunkt der numerischen Kräfte, vom Standpunkt der Einwirkung auf die Arbeiterklasse hat Rosenberg recht. Seine Auffassungen sind wirklich belanglos für die Arbeitermassen. Es handelt sich um die Selbstbeziehung der Partei, daß sie sich nicht verteidigen lassen darf irgendwelche rhetorischen Kunststücke, ihn nur einen Augenblick ernst zu nehmen. Deswegen muß ich auf einiges eingehen. Zunächst eine Vorbemerkung. Rosenberg hat keine anderwärtsbüdige Redezeit nicht bekommen, um über Klassenpolitik zu sprechen, sondern um hier zu erklären, wie er den Vorwurf der Koalitionspolitik der Partei macht. (Sehr richtig.)

Wir haben ihm die Redezeit gegeben, zu erklären, warum Rosenberg behauptet, daß die Partei Koalitionspolitik treibe. Es war ein sehr verständliches Randwort, warum er lieber über das Einheitsfronttatsache geredet hat, als darüber, warum man eine Methode der Partei als falsch bezeichnet.

Ran möchte ich auf drei Dinge eingehen. Zunächst hat er erklärt, daß die deutsch-französische Handelsvertragsverhandlungen die Wichtigkeit des Dames-Gutachtens haben. Sie aber gleich zu sagen mit dem Dames-Gutachten, scheint sehr groß daneben gebauert zu sein. Genosse Rosenberg hat die Auffassung vertreten, als ob der deutsch-französische Handelsvertrag zu einer Ausgleichung aller Gegensätze führen würde. Er hat dabei vergessen zu erwähnen, daß auch der englische Imperialismus, der amerikanische Imperialismus etwas mitzubringen hat. Und die Gedanken des Genossen Rosenberg zu Ende gebracht, erinnern an den europäischen Völkerverein und an die Vereinigten Staaten von Europa. Man muß da aufmerksam zuhören, wie diese zu solchen Dingen zu Ende gedacht sich auswirken. Dann Genossen, ein weiterer Punkt: Die Stellung Rosenbergs in der Frage der Komintern. Genoss wird niemand verlangen von irgend einer Partei, daß sie nicht Differenzen in der Politik in sachlicher Form innerhalb der Komintern ausdrückt, wenn Gruppen soweit gehen, daß sie die Zentrale, genau wie unsere Ultralinken, sie einer erlaubigten Form der Koalitionspolitik und des Opportunismus bezichtigt, dann muß halt geboten werden. Die Plattform des Genossen Vorwärts, die Rosenberg desponiert hat, in der Frage des Trojkaismus enthält u. a. auch die Ablehnung der Gewerkschaftsarbeit und der gesamten Beschlüsse des 5. Weltkongresses. Es ist kein Zufall, daß Vorwärts Trojka ist, daß er eine beratende Stellung gegen den 5. Weltkongress hat. Rosenberg hat das Häufel gelobt, gleichzeitig gegen den 5. Weltkongress zu sein. Das Gleichnis der Rede Rosenbergs, das man hineinfällt und drückt, lassen darf, was die Definition der Massenbewegung, die sich Rosenberg gleicher hat. Genosse Rosenberg könnte direkt einen Artikel für die "Aktion" schreiben, das in die russische KAP-Auffassung Massenbewegung ist nach Rosenberg, wenn 20 Worte versammelt sind in seinem Namen. Dann ist er unter ihnen, Parteigenossen, nach dieser Definition gibt es überhaupt

noch sehr wenig Massenbewegung, während gerade das Wichtigste ist, zu verstehen, daß wir die Massen in unsere Richtung zu dirigieren haben, nicht daß wir zu warten haben bis die Massen von selber zu uns kommen, und daß wir jede Bewegung her auszunutzen haben und auszunutzen versuchen müssen. Damit verleihe ich dem Genossen Rosenberg, der seine eigene Belanglosigkeit dokumentiert hat und wende mich Genossen Scholem zu.

Selber hat sich der Genosse Scholem dabei ein bißchen verprochen und Dinge angefantastet, — die bei allem Willen, das nicht zu unterlassen, — in eine Reihe mit Carabel und Breitscheid zu stellen sind. Der Genosse Scholem hat uns einen theoretischen Vortrag darüber gehalten: Republik ist eine ganz gute Sache, aber Monarchie ist unter Umständen noch besser.

Der Genosse Scholem unterteilt also zwei Sorten von Kapitalismus, wie wir das auch von der Sozialdemokratie gewöhnt sind. Der wirkliche Opportunismus ist der Gen. Scholem, der die englische Demokratie für besser hält als irgend eine andere. Die Arbeiter machen das dann primitiver. Wenn diese Auffassung über das Wesen der Demokratie einen etwischen Moment in den Köpfen unserer Arbeiter Platz nimmt, dann kommt uns unsere ganze Auffassung über den Imperialismus ins Wanken, dann wird die Leninische Staatslehre zerstört und das Fundament unserer kommunistischen Partei gerät ins Wanken.

Ich möchte mich hier noch zur Frage Republik über Monarchie auf einige besondere Formulierungen polemisch einlassen.

Der Genosse Rosenberg hat uns da eine herrliche Definition gegeben. Wenn monarchische Gefahr nicht anders zu bedeuten soll, als Verhängung der Kapitalherrschaft, (Genosse Scholem: Das habe ich gesagt) dann heißt das, daß die Kapitalherrschaft auch anders sein kann. Es gibt also auch dem Genossen Scholem mehrere Sorten von Kapitalismus, einen angenehmen und einen unangenehmen. Während wir uns der Monarchie nicht anders als als eine bestimmte Methode der Reduzierung der kapitalistischen Diktatur, dieser Definition des Genossen Scholem wäre die Republik eine mildere, angenehmere Form des Kapitalismus. Das ist eine Liquidierung der kommunistischen Staatslehre. Die Republik ist dieselbe Kapitalherrschaft wie die Monarchie, nur leichter, nicht angenehmer. Wenn wir so die Partei der Arbeiter des Genossen Scholem unterfassen, besteht sie darin, daß Scholem in den Grundfragen unklar ist. Ich habe in der Vorrede bereits ausführlich definiert, daß unsere Auffassung von Monarchie im Gegensatz zur Sozialdemokratie steht, daß wir sie betrachten als eine bestimmte Methode der kapitalistischen Diktatur, die einmal so und einmal so angenehm wird. Einmal regiert der Kapitalismus mit der kapitalistischen Hand, einmal mit sozialdemokratischem Handschuh, einmal mit einem König, je nachdem es ihm zweckmäßig erscheint, so zu verfahren. Es steht nicht zur Frage, ob es inhaltlich eine andere Form ist, sondern, wo können wir die Massen leichter sammeln zum Kampfe gegen die kapitalistische Diktatur. In der demokratischen Form ist es leichter, weil es nach der Demokratie keine Monarchie mehr gibt, die als Kränze vorgehoben werden kann.

Ich komme nun zu der konträren Frage, wie sieht der Monarchismus in Deutschland aus? Er erledigt oder nicht? Der Parteitag würde eine seiner Hauptaufgaben nicht erfüllen, wenn er nicht bereit ist, die Analyse, wie wir sie gegeben haben, richtig ist, und die Aufgaben der Gegenwart richtig umreißt. Scholem hat die Analyse nicht widerprochen, wie wir sie in den Thesen vom Damesgutachten gegeben haben. Ist es richtig, was wir vom Imperialismus dritten Grades sagen, dann ist es klar, daß die Analyse vom Monarchismus bleibt, wenn man auch nicht sagen kann, in welcher Form er sich durchsetzt. In einem Artikel von Moskau wird ausdrücklich gesagt, niemand weiß, wie sich der Monarchismus durchsetzen wird. Aber die Frage ist, ob die Tendenz ist. Und es wäre oberflächlich, sich leisten zu lassen von nebenstehenden Erscheinungen. Die Entscheidung über die November-Republik bei der Arbeiter direkt in die Arme der Monarchisten zurückgetrieben. Ich werde mich mit dieser Polemik in der Frage Republik und Monarchie begnügen. Das Widerständnis darüber, die Ueberrechte von der Auffassung der einen reaktionären Klasse, das Widerständnis für die Frage Republik, daß Scholem 1. B. die englische Demokratie für eine bessere hält als die deutsche, gerade das ist das gefährliche, weil es uns zu einer wirklichen Revision unserer Auffassung dringt.

Wenn ich mich dann nach diesen theoretischen Bemerkungen den Ausführungen von Simon und Weber zuwende, dann ist es fast die Gefahr, die aus der isolistischen Stellung dieser Prosaen entstehen. Wir haben keine Ursache, uns wegen der Offenheit der Rede zu scheuen, zu erklären, daß die innere Zusammenfassung des Kerns in der Partei eine der Voraussetzungen ist für die Eroberung der breiten Massen, vor allem der sozialdemokratischen Arbeiter. Und wenn dann Genossen hinreden und von Koalitionspolitik schwärmen, dann verlohnen sie das Ansehen, auf dem die Partei steht. Gerade die Ausführungen von Simon und Weber zeigen, welche Gefahr droht, wenn man diese Panflicher nicht zur Ordnung ruft.

Ich werde auch auf die Frage der Einheitsfronttatsache eingehen. Hier ist die Polemik vom Scholem zusammen mit seiner Unfähigkeit besonders deutlich die Lage so zu sehen, wie sie ist. Zur Situation. Was hat sich seit Frankfurt verändert? Das Damesgutachten war noch nicht abgeschlossen. Wir wußten noch nicht, wie die Entwicklung der Reparationsfrage weiter läuft. (Zwischenruf Scholem: Das ist keine Demagogie, wir wußten es genau.) Wir hätten eine kurze und eine lange Perspektive auf. Der Parteitag erklärt jetzt, daß wir auf solche Wendungen und Aufspinnungen gefaßt sein müssen, daß wir aber einen scharfen Kampf um die Eroberung der Arbeitermassen führen müssen. Die Situation hat sich insofern geändert, als auch breite Massen die ganze Größe ihrer Widerlage begriffen haben. Dazu kommt eine Verhärtung der Position der Bourgeoisie nach allen Seiten. Dazu kommt, daß die Scholem hat die Hindenburgwahl für uns nichts neues ist. Natürlich hat uns in überhaupt nichts neues. Wenn wir eine Rätereputieren, so haben wir die auch vorausgesetzt und sie ist nicht neues, trotzdem wir dann vor einer ganz neuen Lage, neuen Schwierigkeiten haben werden. Natürlich, für einen Kommunisten, der einigermaßen denken kann, gibt es nichts Neues. Aber es zeigt doch, daß man nicht denken kann, daß man die Auswirkungen der Ereignisse auf die Stimmung der Arbeitermassen nicht berücksichtigt. Und dabei hat sich seit Frankfurt offensiv etwas geändert, als die Stimmung der Arbeitermassen vom Proletariat durch die Entwicklung der letzten Monate erkannt wird. Beragt nicht, wir haben auf dem Trojka Weltkongress gesprochen von der russischen Werra und diese russische Werra war auch in Deutschland da. Die Proletarier dachten, daß wirklich das Dames-Gutachten, Ferrer und Nachonoff eine demokratische Sozialdemokratie bringen würden. In diesem Sinne hat sich die Situation im Weltmaßstab und im deutschen Maßstab seit Frankfurt entscheidend geändert, im der internationalen, wie in der deutschen Konstellation.

Ich komme hier zur Frage der Einheitsfronttatsache. Gerade die vorgelegenen Bände beweisen, daß Genosse Scholem so auch schon damals nicht verstanden haben kann. Ich gebe auf die Resolution von der Delegation Lieberstein nicht ein, jeder Genosse weiß, daß man sie nicht zum Maßstab der Dinge machen kann. (Scholem: Sehr gut.)

Sehr gut, sagt Genosse Scholem. Was ist Konzentrierung? Die konträre Analyse der jeweiligen Lage und danach die Taktik einrichten. Und Genosse Scholem will ein hohes Exekutiv haben. Gerade unsere Lösung auf dem 5. Weltkongress, Konzentrierung der tatsächlichen Methoden, konträre Analyse der jeweiligen Lage, das ist ja das, was Genosse Scholem schon damals nicht verstanden haben kann.

(Kontinuation folgt)